

## **Für eine faire und zukunftsfähige Ernährungspolitik**

### ***Positionspapier der Ernährungsräte Niedersachsens zur Kommunalwahl 2026***

März 2026

#### **Ausgangspunkt: Es ist viel in Bewegung – jetzt kommt es auf Umsetzung an**

In Niedersachsen ist Ernährungspolitik längst kein Randthema mehr. Mit der Niedersächsischen Ernährungsstrategie und neu dem Fokusheft Ernährungsarmut liegen fundierte Analysen, Zielbilder und Handlungsempfehlungen vor. Gleichzeitig engagieren sich Ernährungsräte, Initiativen, landwirtschaftliche Betriebe, Unternehmen und viele weitere Akteur\*innen bereits aktiv für eine nachhaltige, faire und regionale Ernährungsversorgung.

Was bislang oft fehlt, ist nicht Erkenntnis – sondern Koordination, Verbindlichkeit und Umsetzung in der Fläche.

#### **Kommunen spielen eine zentrale Rolle für ein zukunftsfähiges Ernährungssystem:**

Hier werden Entscheidungen getroffen, die direkten Einfluss auf Ernährungssysteme haben – von der Gemeinschaftsverpflegung über Wirtschaftsförderung bis hin zu Bildung, Planung und sozialer Infrastruktur.

Das Ziel der Ernährungsräte ist es, die bestehenden Ansätze zusammenzuführen und Ernährung als kommunale Gestaltungsaufgabe systematisch zu verankern.

#### **Unsere zentrale Botschaft**

Die Grundlagen für ein nachhaltiges und faires Ernährungssystem sind gelegt. Jetzt geht es darum, gemeinsam ins Handeln zu kommen. Dafür braucht es:

- klare Zuständigkeiten für Ernährungsthemen in Kommunen
- bessere Zusammenarbeit über Fachbereiche hinweg
- stärkere Verknüpfung von Landwirtschaft, Verarbeitung, Gemeinschaftsverpflegung und Verwaltung
- und verlässliche Rahmenbedingungen für regionale Wertschöpfung

#### **Kommunale Handlungsspielräume realistisch einordnen**

Viele Kommunen stehen aktuell unter erheblichem finanziellem Druck. Steigende Pflichtaufgaben, wachsende soziale Herausforderungen und begrenzte Haushaltsmittel führen dazu, dass politische Gestaltungsspielräume häufig eingeschränkt sind. Dies betrifft auch den Bereich Ernährung: Investitionen in Gemeinschaftsverpflegung, regionale Wertschöpfung oder Koordinationsstrukturen konkurrieren mit anderen dringenden Aufgaben.

Wir sehen dieses strukturelle Problem ausdrücklich. Kommunen tragen hier Verantwortung, haben aber nicht immer die notwendigen finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen, um ambitionierte Maßnahmen eigenständig umzusetzen.

Umso wichtiger ist es:

- dass Kommunen klare Prioritäten setzen und Ernährung als Querschnittsthema mitdenken,
- dass sie aktiv Strategien entwickeln und Kooperationen nutzen,
- und dass sie ihre Bedarfe gegenüber Land und Bund deutlich formulieren und einfordern.

Gleichzeitig sind Land und Bund gefordert, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Kommunen ihre Rolle in der Gestaltung nachhaltiger Ernährungssysteme tatsächlich wahrnehmen können.

### **Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten**

Regionale Wertschöpfungsketten leisten einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilität von Landwirtschaft, Verarbeitung und regionalem Handel. Gleichzeitig fördern sie Versorgungssicherheit, Identifikation mit der Region und Transparenz in der Lebensmittelproduktion.

Der Rückgang kleiner und mittlerer Betriebe sowie fehlende regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen stellen jedoch zentrale Herausforderungen dar. Kommunen können hier aktiv steuernd eingreifen.

### **Unsere Forderungen:**

- **Regionale Produkte in der öffentlichen Beschaffung verankern**  
Kommunen sollen bei der Vergabe von Verpflegungsleistungen soweit möglich verbindliche Kriterien zur Bevorzugung regionaler und saisonaler Produkte festlegen.
- **Regionale Vermarktungsstrukturen gezielt fördern**  
Unterstützung von Wochenmärkten, regionalen Markthallen, digitalen Vermarktungsplattformen sowie Initiativen der Direktvermarktung.
- **Aufbau und Sicherung regionaler Verarbeitungsinfrastruktur**  
Kommunale Förderung von Schlacht-, Verarbeitungs- und Logistikstrukturen (z. B. durch Flächenbereitstellung, Investitionszuschüsse oder Kooperationen).
- **Flächenpolitik aktiv gestalten**  
Kommunale Flächen sollen bevorzugt an nachhaltig wirtschaftende landwirtschaftliche Betriebe verpachtet werden.

- **Netzwerke und Kooperationen stärken**  
Initiierung und Moderation regionaler Netzwerke zwischen Landwirtschaft, Verarbeitung, Gastronomie und Gemeinschaftsverpflegung.

### **Außer-Haus-Verpflegung gesund, sozial gerecht und regional gestalten**

Die öffentliche Außer-Haus-Verpflegung (AHV) ist ein zentraler Hebel kommunaler Ernährungspolitik. Über Kitas, Schulen, Kliniken und Pflegeeinrichtungen erreicht sie täglich viele Menschen und kann maßgeblich zu gesunder und nachhaltiger Ernährung beitragen.

Besonders die Verpflegung in Kitas und Schulen setzt dort an, wo Bewusstsein für eine gesündere Ernährung geprägt wird und Mangelernährung als auch Ernährungsarmut besonders entgegengewirkt werden kann.

Kommunen haben hier direkte Steuerungsmöglichkeiten über Ausschreibungen, Trägerschaften und Qualitätsvorgaben.

#### **Unsere Forderungen:**

- **Verbindliche Qualitätsstandards einführen**  
In allen kommunalen Einrichtungen sollen verbindliche Standards für eine gesundheitsfördernde und nachhaltige Verpflegung festgelegt und kontrolliert werden.
- **Regionale und nachhaltige Beschaffung stärken**  
Vergabeverfahren sind so zu gestalten, dass regionale, saisonale und ökologisch erzeugte Produkte systematisch berücksichtigt werden können.
- **Soziale Teilhabe sichern**  
Kommunen sollen Maßnahmen ergreifen, um allen Kindern und Jugendlichen den Zugang zu qualitativ hochwertiger Verpflegung zu ermöglichen (z. B. durch kommunale Zuschüsse oder einkommensabhängige Modelle).
- **Verpflegungsstrukturen vor Ort verbessern**  
Investitionen in Kücheninfrastruktur, Personalqualifikation und Frischküchenlösungen fördern.
- **Ernährungsbildung in die Verpflegung integrieren**  
Verpflegungskonzepte in Kitas und Schulen sollen mit Bildungsangeboten kombiniert werden (z. B. Schulgärten, Kochprojekte).

### **Angebote zur Ernährungsbildung und Wertschätzung von Lebensmitteln fördern**

Ernährungsverhalten wird stark durch das unmittelbare Lebensumfeld geprägt. Kommunen können durch Bildungs- und Beteiligungsangebote entscheidend dazu beitragen, Kompetenzen und Bewusstsein im Umgang mit Lebensmitteln zu stärken.

#### **Unsere Forderungen:**

- **Ernährungsbildung strukturell verankern**  
Förderung von Bildungsangeboten in Kitas, Schulen, Stadtteilzentren und der Erwachsenenbildung.

- **Praxisorientierte Projekte unterstützen**  
Unterstützung von Gemeinschaftsgärten, Kochprojekten, Ernährungsworkshops und ähnlichen Mitmachformaten.
- **Öffentlichkeitsarbeit ausbauen**  
Kommunale Kampagnen zur Förderung gesunder und nachhaltiger Ernährung sowie zur Wertschätzung von Lebensmitteln.
- **Lebensmittelverschwendung reduzieren**  
Entwicklung und Umsetzung kommunaler Strategien zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen (z. B. in öffentlichen Einrichtungen, durch Kooperationen mit Initiativen).
- **Soziale Begegnungsorte schaffen**  
Förderung von Quartiersküchen, Nachbarschaftsinitiativen und offenen Essensangeboten zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts.

### **Kommunale Ernährungsstrategien formulieren**

Ernährungspolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die verschiedene kommunale Zuständigkeitsbereiche betrifft. Um wirksame Maßnahmen umzusetzen, braucht es eine koordinierte Gesamtstrategie.

#### **Unsere Forderungen:**

- **Kommunale Ernährungsstrategien entwickeln und beschließen**  
Erarbeitung verbindlicher Strategien unter Beteiligung relevanter Akteur\*innen aus Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft.
- **Koordinationsstellen einrichten**  
Schaffung einer zentralen Ansprechstelle innerhalb der Verwaltung zur Steuerung und Umsetzung ernährungspolitischer Maßnahmen.
- **Partizipationsstrukturen stärken**  
Einbindung von Ernährungsräten und weiteren lokalen Initiativen in Entscheidungsprozesse.
- **Konkrete Maßnahmenpläne und Zielindikatoren festlegen**  
Definition messbarer Ziele sowie regelmäßige Evaluation der Fortschritte.
- **Ressourcen bereitstellen**  
Sicherstellung ausreichender finanzieller und personeller Mittel für die Umsetzung der Maßnahmen, auch als Unterstützung bei der Beschaffung von Fördermitteln

Judith Busch, Stefanie Heidenreich, Tomasz Lachmann  
Netzwerk Ernährungsräte Niedersachsen e.V.

Ansprechperson für Rückfragen:

**Stefanie Heidenreich**

**Geschäftsführung Netzwerk Ernährungsräte Niedersachsen e.V.**

0176 56082080 / [info@ernaehrungsrat-niedersachsen.de](mailto:info@ernaehrungsrat-niedersachsen.de)

<http://ernaehrungsrat-niedersachsen.de>

Ernährungsräte vernetzen Akteure der Ernährungslandschaft aus der Region und stoßen eine Ernährungswende vor Ort an.

Spenden willkommen unter IBAN: DE95 4306 0967 1096 8592 00

**Gefördert durch:**



**Niedersächsisches Ministerium  
für Ernährung, Landwirtschaft  
und Verbraucherschutz**